

News - Wahl 2025

Finanzpolitische Vorstellungen der Parteien - Konservative, Liberale und AfD beschenken die Reichen

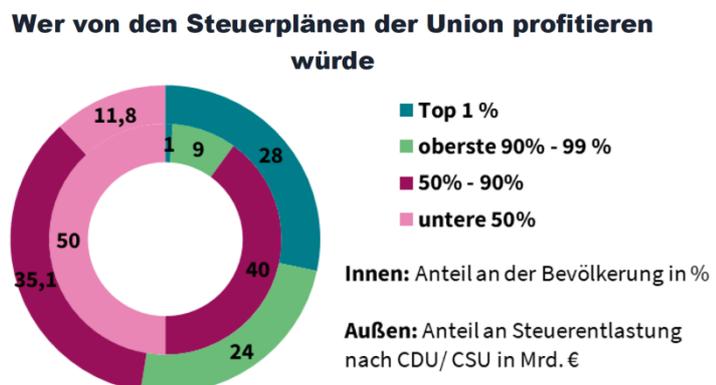
Das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) ist am Schluss seiner Analyse ratlos: Die CDU/CSU und die FDP haben Parteiprogramme vorgelegt, die in keiner Weise gegenfinanziert sind. Und dabei geht es nicht um Kleinigkeiten. Sie säbeln einfach mal (virtuell versteht sich) ein Viertel (die Union) bzw. sogar ein Drittel (die Liberalen) der Einnahmen des Bundeshaushaltes weg. Und das soll funktionieren, weil nach dem Wahlsieg der beiden mal kurz die Konjunktur wieder anspringt.

Da fragt selbst die Zeitschrift Capital: „Wie die Union ihre großen Steuerentlastungen finanzieren will, erklärt sie in ihrem Wahlprogramm nicht.“ Und die Denkschmiede IW des Industrieverbandes BDI und des Arbeitgeberverbandes BDA weist entsetzt darauf hin, dass die Hälfte dieser fehlenden Steuereinnahmen auch noch die Länder und Kommunen bezahlen sollen, die eh schon unter der Schuldenbremse ächzen und das mit Sicherheit nicht mitmachen werden.

CDU/CSU und FDP als Weihnachtsmänner

Doch im Einzelnen: Die CDU will die Einkommenssteuern für alle senken, den Soli abschaffen, die Unternehmenssteuern senken und die Stromsteuern ebenfalls. Insgesamt fast 100 Mrd. Euro oder ein Viertel weniger Staatseinnahmen. Die Liberalen toppen das und spielen Weihnachtsmann der Nation. Sie wollen 138 Mrd. Euro Geschenke verteilen. Nach der Rechnung des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) sind es sogar 189 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Die geplanten Einnahmen im Bundeshaushalt 2024 liegen bei 427 Mrd. Euro. Das ist so frech, dass einem doch irgendwie die Spucke wegbleibt, wie man so schön sagt.

Die Hauptprofiteure dieser Entlastungen ist nach Berechnungen von Stefan Bach vom DIW das reichste ein Prozent – sie sollen 28 Mrd. Euro geschenkt



Quelle: Stefan Bach auf X (Twitter), eigene Darstellung

bekommen. Die reichsten 10 Prozent bekommen sogar über die Hälfte der Entlastungen – ca. 50 Mrd. Steuergeschenke.

AfD – alles sollen die Armen und „Normalos“ bezahlen

Übertroffen wird das Ganze aber noch von der AfD. Sie will auch noch die Erbschaftssteuer und die Grundsteuer komplett abschaffen. Dazu kommen ihre Programme, um die Geburtenrate zu steigern und die Renten zu erhöhen. Letzteres wollen sie über die Sozialversicherungen finanzieren – dass wäre eine Erhöhung um 30 Prozent. Das bedeutet aber, dass die Wohlhabenden und Reichen dieser Gesellschaft an der Finanzierung dieser Sozialtaten überhaupt nicht beteiligt werden. Denn die Sozialabgaben zahlen ja nur die Normalverdiener – auch die Geringverdiener.

Fazit zu den vier Parteien: Von all diesen fiktiven Steuergeschenken bekommt die ärmere Hälfte der Bevölkerung nur 12 Prozent und das ärmste Fünftel geht ganz leer aus. Denn sie zahlen ja auch heute schon keine Einkommensteuern, sondern sind vor allem von der Mehrwertsteuer betroffen, die dagegen nicht gesenkt werden soll. Darüber hinaus werden die Sozialleistungen radikal gekürzt, um die Geschenke wieder einzusparen.

SPD und Grüne – Konjunkturprogramm durch Lockerung der Schuldenbremse

Im Vergleich dazu wirken die Programme von SPD und Grünen knochentrocken realistisch. Immerhin scheinen beide begriffen zu haben, dass eine Klimapolitik ohne soziale Flankierung nicht möglich ist. Die SPD hat fleißig gearbeitet und fast alle Punkte, die Attacis wichtig sind, angesprochen – Steuerlücken schließen, Erbschafts- und Schenkungssteuer reformieren, Vermögenssteuer revitalisieren für Superreiche, Finanztransaktionssteuer und Bekämpfung der Finanzkriminalität – aber alles in Portiönchen, bei denen von einer Umverteilung des Reichtums keine Rede sein kann.

Das Programm der Grünen ist im Vergleich etwas weniger konkret – aber sehr ähnlich. Es fehlt die Finanztransaktionssteuer, dafür sprechen sie zumindest die Bürgerversicherung für Renten und Krankenkassen als Fernziel an – es ist aber klar, dass sie nur mit einem kleinen Schritt rechnen.

Das Defizit entsteht bei beiden vor allem durch das Investitionsprogramm und die Senkung der Strompreise. Bei den Grünen kommt dann noch das Klimageld für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hinzu, das bei der SPD fehlt. Beide wollen das Haushaltsloch durch Mehreinnahmen von Vermögenden und eine Lockerung der Schuldenbremse decken.

Linke und BSW

Bleiben die Linke und das BSW. Da das BSW noch kein Programm verabschiedet hat, ist man auf das Kurzwahlprogramm angewiesen: Es will wie SPD und Grüne einen Zukunftsfonds zur Förderung heimischer Unternehmen. Einkommen aus Kapitaleinkommen soll wie Arbeitseinkommen besteuert werden und die Vermögensteuer für extrem große Vermögen soll wieder eingeführt werden. Bei den Sozialbeiträgen soll durch einen Grundfreibetrag und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen eine Entlastung der unteren Einkommen erfolgen. Durch eine Mindestrente soll Altersarmut verhindert werden. Einer schöner Wunschkatalog, dem aber der Unterbau konkreter Maßnahmen fehlt.

Bei den Linken ist alles ganz genau durchdekliniert. Sie wollen tatsächlich umverteilen: Spitzensteuersatz 75% ab 1 Mio. €Einkommen; Maximaleinkommen: das 20-fache des geringsten Einkommens im Unternehmen; Vermögensteuer ab 1 Mio. Euro 1%, ab 1 Mrd. Euro sogar 12%; zusätzlich einmalige Vermögensabgabe von 30% für Multimillionäre usw. und ein Klimageld von 320 Euro – wie die Grünen auch nur für geringe und mittlere Einkommen.

Was bleibt zu tun? Für ein neues Narrativ!

So wie es aussieht, wird es eine schwarz-rote oder eine schwarz-grüne Regierung geben. Die Debatte über Umverteilen wird nur von einer Minderheit der Wähler und einigen NGOs geführt werden – obwohl in Umfragen drei Viertel sich dafür aussprechen. Das ist in den USA auch so, und trotzdem wählen sogar arme Schwarze mit Trump, einen Milliardär, der über Sozialpolitik lästert und die Steuern für die großen Konzerne und Milliardäre schlicht halbiert hat. Damit sich das ändert, hilft keine Beschimpfung. Vielmehr müssen die harten Argumente der Reichenlobbys wirksam bekämpft werden, damit die öffentliche Meinung kippt. Dabei sind zwei Argumente ins Zentrum unseres Narrativs zu stellen :

1. **Ungleichheit zerstört die Demokratie!** Denn die Menschen erwarten von einer vom Volk gewählten Regierung eine faire und gerechte Lastenverteilung. Wenn sie den Eindruck haben, dass nur die Reichen profitieren, dann erscheint ihnen Demokratie sinnlos und sie wählen lieber einen starken Mann, der auf den Tisch haut.
2. **Steuerprivilegien für Reiche schaden der Wirtschaft**, weil das Geld nicht in die Realwirtschaft investiert oder ausgegeben wird, sondern mit Aktien spekuliert und Immobilien gekauft werden. Die Folge: Vermögenspreisinflation. Umgekehrt: Wenn der Staat die Reichen mehr besteuert, dann wird das Geld investiert und es werden Gehälter für Lehrer, Erzieher oder Krankenschwestern bezahlt. Mit dem Geld können Innovationen angeschoben werden und es stützt über Gehälter und Konsum die Realwirtschaft.

Wer also die Demokratie erhalten und die Zukunft gestalten will, muss umverteilen!

Der obige Artikel basiert auf den Quellen:

- [Analyse des Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#), Köln, von BDI und BDA getragen, liberal, Arbeitgeberpositionen
- [Stefan Bach, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung \(DIW\), Berlin, Leibnitz-Institut, unabhängiges Forschungsinstitut](#)
- [Achim Truger, Universität Duisburg-Essen, Mitglied im Sachverständigenrat \(5 Weise\)](#)
- Wahlprogrammwürfe von [CDU/CSU](#), [AfD](#), [SPD](#), [Grüne](#), [FDP](#), [Linke](#) und dem [Kurzwahlprogramm](#) von BSW
- [Wahlversprechen AfD](#) in RND 22.12.2024
- [Statistisches Bundesamt: Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherung](#)
- [BMF-Monatsbericht Februar 2024](#)
- [Victoria Robertz und Hannah Schwär in Capital](#) am 17.12.2024
- [Jan-Peter Bartels und Nicole Kohnert](#), in Tagesschau am 20.12.2024

Anlagen:

Kurzfassung der Finanzpolitik der Parteien:

CDU/CSU (81 Seiten)

Steuermindereinnahmen: 89 Mrd. €(Schätzung IW), 99 Mrd. €(Schätzung DIW)

- Schuldenbremse beibehalten
- Einkommenssteuern: Erhöhung Untergrenze für Spitzensteuersatz, Abflachung der Tarif-Kurve, Abschaffung des Soli, steuerfreie Überstunden
- Vermögen: höhere Freibeträge bei der Erbschaftssteuer, Keine Vermögenssteuer
- Mehrwertsteuer in der Gastronomie senken, Umsatzsteuer für Gastronomie-Speisen auf 7% senken
- Unternehmenssteuern: Unter 25% senken
- Klima: Ja zu den Klimazielen – aber marktwirtschaftlich, Klimabonus, Stromsteuern und -abgaben senken
- Rente: Keine Rentensenkung
- Gesundheit: Mehr Wettbewerb bei den Kassen

AfD (85 Seiten)

Steuermindereinnahmen (Saldo): 240 Mrd. €(eigene Schätzung)

- Schuldenbremse bleibt
- Einkommensteuer senken – Grundfreibetrag auf 15.000 €anheben – Abschaffung des Soli
- Vermögen: Grundsteuer abschaffen, Kompensation der Kommunen durch die Einkommens- und Körperschaftsteuer, Erbschaftsteuer abschaffen, Vermögensteuer abschaffen
- Mehrwertsteuer für Gastronomie (nicht nur Essen) auf 7% senken.
- Senkung der Unternehmensteuern und für die Wohlhabenden.
- Streichung der Förderprogramme für Länder und Kommunen.
- Klima: Abschaffung der CO₂-Abgaben und der Klimapolitik.
- EU-Austritt und Euro-Austritt = Einbruch der Exporte
- Kinderförderung: Willkommensprämie 20.000 €für Neugeborene + 3 Jahre Gehalt wie vorher + Familiensplitting
- Gegen sozialen Wohnungsbau
- Gegen das Vermögensregister = Förderung von Steuerflucht
- Gegen Digitale Währung. Gegen Regulierung des Bitcoin.
- Sie leugnet den Klimawandel und will wieder Atomkraft einführen. Außerdem sollen in Zukunft Frauen mit Kindern nicht mehr arbeiten und Abtreibungen weitestgehend wieder verboten werden.
- Rente: Anheben von 53% auf 70% des Nettolohns (die amtlichen Zahlen sind aber Brutto) – keine Bürgerversicherung – nur die Politiker sollen einbezogen werden. Die

dafür nötige Anhebung der Beiträge soll durch Steuern ausgeglichen werden – aber das nützt natürlich denen, die viel Steuern bezahlen – nicht den Armen.

- Gesundheit: Die privaten Kassen sollen erhalten bleiben, aber die Kosten sollen durch staatliche Zuschüsse verringert werden.

SPD (66 Seiten)

Mindereinnahmen (Saldo): 30 Mrd. €(IW), 21 Mrd. (DIW)

- Investitionen: Reform der Schuldenbremse als Möglichkeit oder Deutschlandfonds für Investitionen, Investitionsprämie von 10%
- Einkommenssteuertarif strecken – mittlere weniger – hohe Einkommen mehr, Abgeltungssteuer abschaffen
- Vermögen: Erbschafts-, Schenkungssteuer reformieren und Vermögenssteuer revitalisieren für Superreiche
- Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf 5% senken
- Finanztransaktionssteuer – wenn möglich europäisch.
- Klima: Klimageld – keine Forderung, nur als Möglichkeit erwähnt, Stromzuschuss für E-Autos, Absenkung der Stromsteuer, EU-Klimabgabe für alle Fluggesellschaften anstelle der Luftverkehrssteuer
- Finanzkriminalität bekämpfen
- Rente: 48% stabilisieren, mit 45 Beitragsjahren 2 Jahre früher in Rente
- Gesundheit: Gesetzliche und Private bilden durch eine Umlagesystem die Bürgerversicherung

Grüne (72 Seiten)

Mindereinnahmen (Saldo): 48 Mrd. €

- Deutschlandfonds für Investitionen + Lockerung der Schuldenbremse + Investitionsprämie von 10%
- Steuern und Abgaben auf Strom senken.
- Einkommen: Grundfreibetrag anheben, Schließen der Steuerlücken, Abgeltungssteuer abschaffen, Soli in den Tarif integrieren, Steuern für Alleinerziehende senken, Steuergutschrift einführen für Einmalzahlungen
- Erbschaftssteuer für Reiche, Immobilienverkäufe (Share deals) neu regeln,
- Möglichkeiten: Vermögenssteuer oder Globale Milliardärsteuer
- EU-Digitalkonzernsteuer, wenn Trump die Digitalsteuer der OECD nicht umsetzt.
- Klimageld für untere und mittlere Einkommen
- Finanzpolizei ausbauen.
- Gesundheit: Bürgerversicherung als Ziel, Bürgerinnenfonds aus Staatsgeldern als Ergänzung
- Rente: Bürgerversicherung als Ziel, Rente ab 67, Rentenniveau auf 48% stabilisieren, Garantierente nach 30 Beitragsjahren

BSW (4 Seiten) noch zu ergänzen mit Angaben aus Kurzwahlprogramm

- Zukunftsfonds zur Förderung heimischer Unternehmen
- Große Konzerne und reiche Privatpersonen sollen ihren gerechten Anteil zahlen, Geringverdiener entlasten

FDP (52 Seiten)

Mindereinnahmen (Saldo): 138 Mrd. €(IW), 188 Mrd. €(DIW)

- Schuldenbremse bleibt
- Spitzensteuersatz erst ab 96.600€ linear-progressiver Tarif, Soli abschaffen, Steuerfreie Überstunden, negative Einkommenssteuer statt Sozialleistungen
- Ablehnung Vermögenssteuer und -abgabe
- Gastronomiespeisen 7% Mehrwertsteuer
- Unternehmensbesteuerung unter 25% senken
- Ablehnung einer Finanztransaktionssteuer
- Klima: Stromsteuer senken; Luftverkehrssteuer abschaffen
- Bekämpfung Finanzkriminalität
- Rente: Kapitalgedeckte Altersvorsorge
- Gesundheit: Unwirtschaftliche Leistungen streichen,

Linke (62 Seiten)

- Einkommen: Steuerfreibetrag 16.800 € unter 6500 €Tarif senken, darüber Spitzensteuersatz 53 Prozent, ab 260.000 € auf 60 %, ab 1 Mio. € 75 % Reichensteuer, Maximaleinkommen – 20-fache des geringsten Einkommens im Unternehmen.
- Wiedereinführung der Vermögensteuer – ab 1 Mio. € - 1%, ab 50 Mio. - 5%, ab 1 Mrd. - 12%
- Zusätzlich Vermögensabgabe 30% für 0,7% der Bevölkerung, Erbschaftsteuer – Lücken schließen, 150T bis 300T Freibetrag.
- Körperschaftssteuer auf 25% anheben, Steuervorteile für Immobilieninvestoren abschaffen
- Klimageld – Einstieg 320 €- für geringe und mittlere Einkommen
- Finanztransaktionssteuer 0,1%
- Finanzkriminalität bekämpfen und Unternehmensstrafrecht
- Digitaler Euro als gesetzliches Zahlungsmittel
- Finanzmärkte regulieren
- Rente ab 65 oder 40 Jahre Beitragszahlung – Erhöhung auf 53% - Mindestrente 1400€ Aufstockung der Ansprüche der Geringverdiener, Beitragsbemessungsgrenze verdoppeln
- Einheitliche gesetzliche Krankenkasse ohne Beitragsbemessungsgrenze für alle Einkommen

Tabelle 1: Mindereinnahmen und Verteilung auf die Einkommensgruppen

	CDU	AfD	SPD	Grüne	FDP	Linke
Entlastungen (IW)	89	240 * ¹	30 * ²	48 * ³	138	
Entlastungen (DIW)	99		21		188	
Anteil obere 10%	52%				52%	
Anteil obere 1%	28%				20%	Werden belastet
Anteil unter 50%	12%		50%	50%		Werden entlastet

*¹ Eigene Berechnung – siehe unten:

*² mit 20 Mrd. Investitionsprämie

*³ mit 20 Mrd. Investitionsprämie + 12 Mrd. Klimageld

Tabelle 2: Mindereinnahmen + Mehrausgaben AfD-Programm

	Gesamt	Bund	Länder	Kommunen
Einkommensteuer* ¹	40	17	17	6
Unternehmensteuern	20	5	5	10
Umsatzsteuer	6	3	3	
Grundsteuer	15			15
Erbschaftsteuer	11		11	
CO2-Abgabe	18	18		
Willkommen-Geld* ²	14	14		
Elterngeld* ³	20	20		
Erhöhung der Renten* ⁴	96	96		
Familienplitting	nicht berechnet			
EU-Ausstieg* ⁵	0	0		
Summe	240	173	36	31

*¹ Ich habe den Tarif der CDU angenommen, der der FDP wäre doppelt so teuer

*² 20.000 €Prämie * 700.000 Kinder

*³ 30.000 €a * 3 Jahre * 700.000 Kinder * 30% (Annahme: 30% machen die Elternzeit – eher Menschen mit geringerem Einkommen)

*⁴ Erhöhung von 53% Netto auf 70% Netto: 300 Mrd. €(GRV-Renten) : 53 * (70 – 53)

*⁵ eingespart: deutscher Netto-EU-Beitrag 18 Mrd. €- dagegen stehen die Kosten der Wirtschaftskrise und die Steuerausfälle durch den wegfallenden Export auf Grund des EU-Ausstiegs und dem Ausstieg aus dem Euro – siehe Analyse Achim Truger.